

AUSLESE

Wer wird verschaukelt?

Der positive Bericht der Troika stößt auf Skepsis

Ob die Reformen in Athen genügen, um den Untergang Griechenlands als Mitglied der Euro-Zone abzuwenden, ist auch nach dem jüngsten Bericht der Troika von Europäischer Zentralbank (EZB), Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds (IWF) nicht klar. Seine positive Prognose jedenfalls wird in den deutschen Tageszeitungen mit Skepsis zur Kenntnis genommen. So bemerkt Florian Eder in *Welt online*: „Wen sollte es wundern, dass die Finanzminister den Bericht der Troika dahingehend interpretieren, er bescheinige den Griechen gewisse Fortschritte. Wenn es auch eher so aussieht, als beschönige der Bericht vieles, so haben die Euro-Retter das Gutachten ja genau so bestellt: positiv. Das muss nichts Schlechtes heißen. Von der Einschätzung einer Handvoll Beamter darf Europa eine so grundsätzliche politische Frage ja nicht abhängig machen: Bleibt die Euro-Zone ganz oder nicht? Sie wird. Das ist seit dem Sommer grundsätzlich klar, als sich die Bundesregierung als letzte Zaudererin der Theorie des Dominoeffekts anschloss. Es ist zu hoffen, dass sie damit nicht den letzten Hebel aus der Hand gab, den sie bei der Sanierung der Währungsunion noch brauchen wird. Der Streit über den Weg aus der Krise ist nicht beigelegt.“

Streit ist noch nicht beigelegt

Auch der Kommentator der *Offenbach-Post* lässt keine Euphorie erkennen. Zwar entnimmt er dem Bericht der Troika die erfreuliche Botschaft, dass die Reformen in Griechenland zu wirken beginnen: „Tatsächlich aber zeigt der Troika-Bericht, dass die kühnen Hoffnungen der Geldgeber auf eine wenigstens mittelfristige Heranführung Athens an den Finanzmarkt utopisch sind. Griechenland ist weiter von dem magischen 120-Prozent-Ziel bei der Staatsverschuldung entfernt als prognostiziert.“

Unter der Überschrift „Was scheuen uns die Fakten?“ beschäftigt sich Eric Bonse auf *taz.de* kritisch mit der Rolle der Bundesregierung bei der Rettung Griechenlands: „Geht es um Griechenland, nimmt es die Bundesregierung mit der Wahrheit nicht so genau. Einerseits beteuern Merkel und Schäuble immer wieder, man werde Athen nicht fallen lassen. „There will be no Staatsbankrott“, sagte Schäuble wörtlich. Andererseits legen sie es offenbar auf eine Pleite an. Wochenlang haben sich die beiden ungleichen CDU-Politiker hinter der Troika versteckt. Ohne den Abschlussbericht der internationalen Aufseher, so heißt es in Berlin, könne es keine neuen Finanzhilfen für Athen geben. Am Montag kam nun das heiß ersehnte Dokument. Es falle insgesamt positiv aus, freute sich Eurogruppenchef Juncker. Doch Schäuble blieb bei seiner harten Haltung: Die Sache sei noch nicht entscheidungsreif, basta! Jetzt fühlen sich nicht nur die Griechen verschaukelt. Auch die Deutschen werden an der Nase herumgeführt. Es ist nämlich schlicht unwahr, dass der Ball immer noch in Athen liegt, wie Schäuble unverdrossen behauptet. Der Ball liegt in Berlin, und das schon seit Wochen.“ *Christian Bommarius*

GASTBEITRAG

Ein alter Kulturraum kehrt zurück

Über nationalstaatliche Grenzen hinaus bilden die Länder entlang der Donau einer wichtige wirtschaftliche und politische Region.

Von Stefan Gänzle



punktbereiche Transport und Infrastruktur, Umweltschutz, Wirtschaft und zivile Sicherheit durch sektoral übergreifende und kohärente Lösungsansätze verbessert werden. Zwar ist es nach einem Jahr noch etwas früh, um auf nachhaltige Erfolge zuweisen zu können, dennoch stimmen erste Bemühungen etwa in den Bereichen Transport und Infrastruktur optimistisch.

Im Gegensatz zu den älteren, bereits seit den 1990er-Jahren bestehenden Formen interregionaler und transnationaler Zusammenarbeit in der EU (z. B. Interreg), weist das makroregionale Konzept also eine Reihe von Besonderheiten auf: Erstens heben Makroregionen den funktionalen gegenüber dem (staatlich) territorialen Charakter eines Natur- bzw. Kulturraumes hervor; zweitens beinhalten sie nicht nur einen transnationalen Aspekt, sondern betonen gleichzeitig auch die besondere Rolle von Städten und anderen substaatlichen Gebietskörperschaften; drittens schließlich eröffnet die Europäische Kommission im Rahmen des Konsultationsverfahrens,

bei der Zusammenstellung der Strategie und des dazugehörigen Aktionsplanes nicht nur sich selbst mehr Einfluss, sondern verschafft prinzipiell auch subnationalen bzw. nichtstaatlichen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft ein besonderes Gehör. Damit könnte gerade der partizipative Aspekt der Strategie im südöstlichen Donaauraum ein besonderes Stabilisierungselement bilden, da er transnationale Zusammenarbeit im zivilgesellschaftlichen Bereich unterhalb der nationalen Ebene thematisiert. Viertens wertet die Donaustategie bestehende völkerrechtliche Vertragswerke auf, etwa die von der internationalen Kommission zum Schutz der Donau getroffenen Abkommen; als EU-Mitgliedstaaten sind deren Mitglieder auch europarechtlich in der Pflicht, den internationalen Flussbett-Managementplan im Rahmen der die Europäischen Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen.

Generell scheint die EU-Strategie für den Donaauraum die Zusammenarbeit in der Region derzeit wiederzubeleben. Noch vor Verabschiedung der Strategie wurde ein Rat der Donaustädte und -regionen geschaffen, der seinen Sitz in Ulm hat, um die Städte besser miteinander zu vernetzen. Gleichzeitig bestehen Überlegungen, nach Vorbild des Deutsch-Französisch-Polnischen Jugendwerkes auch ein Donaujugendwerk ins Leben zu rufen und mithilfe von sogenannten Donaumanagern, die Europakompatibilität der Verwaltung gerade in den neuen Mitgliedsstaaten der EU zu verbessern. Zwar stellt die Finanz- und Wirtschaftskrise auch den Donaauraum vor besondere Herausforderungen; aber vielleicht kann die Donau dennoch in naher Zukunft nicht nur die unterschiedlichen Puzzleteile eines alten europäischen Kulturraums wieder näher zusammenbringen, sondern darüber hinaus perspektivisch auch eine Verbindung zur Türkei und dem Fernen Osten eröffnen.

Stefan Gänzle ist Associate Professor am Institut für Politikwissenschaft und Management der Universität i Agder in Kristiansand, Norwegen.

KOLUMNE

Eigenheim statt Pflasterstrand

BASCHA MIKA



Schaut auf die Grünen! Die machen einfach alles richtig. Und inzwischen sehn sie sich nach Mitte und Zustimmung.

heimlich, zum Beispiel bei einer Kandidatenausswahl. Da war mal eine Partei mit der Botschaft: Wir wollen die Utopie leben! Und heute? Was wollen die Grünen jenseits dessen, was längst zum Standard aller Parteien gehört. Wo ist der irrationale Haufen geblieben, dessen Zukunftsvisionen so irrsinnig rational waren? Zu Kretschmännern und -frauen geronnen?

Zweifellos ist Katrin Göring-Eckardt, weiblicher Teil des grünen Spitzenduos, eine gewinnende Frau. Eher zurückhaltend, unaufgeregt, eine Freude für jeden Schwiegervater. Vielleicht auch ein wenig indifferente. Viel weniger laut und lästig als ihre Kontrahentin Claudia Roth, über die in der Süddeutschen Zeitung stand: „Roth kann Politik und Pop. Aber sie kann auch peinlich.“ Okay, in einem früheren Leben war Katrin Göring-Eckardt mal eine glühende Verfechterin der Agenda 2010 und hat

Hartz IV begeistert mit verbrochen, aber das kann ja jeder mal passieren. Offenbar wurde sie durch ihr kirchliches Engagement sozial geläutert, auch wenn niemand so recht weiß wie.

Um die Grünen-Vorsitzende Roth aus dem Rennen zu schlagen, reichte es wohl. Claudia Roth, so heißt es in Kommentaren, wurde von ihrer Partei abgestraft. Abgestraft? Wofür bitte schön? Dafür, dass sie sich seit Jahren den A... für ihre Partei aufgerissen hat? Dass sie auf ihre spezielle Art für urgrüne Ideale stritt und damit die Seele der Basis hätschelte? Dass sie teqzält gute Miene machte, wenn sie von taz bis FAZ verspottet wurde – als Frau, als Gefühlsmensch, als Überzeugungstäterin?

Von einem Despoten wie Joschka Fischer, der die Hälfte der Menschen verachtet und die andere Hälfte nicht leiden kann, hat sich die Partei jahrzehntlang demütigen lassen. Aber eine wie Claudia Roth will man im Wahlkampf lieber verbergen. Nicht massenkompatibel. So wie die gute, aber schrullige Tante, die man zwar liebt, doch nie seinen Freunden vorstellen würde.

Da war mal eine Partei, die piff auf die Meinung der Mehrheit. Sie wollte, dass das Unmögliche möglich wird, nicht nur das Machbare. Sie hieß die Grünen.

Bascha Mika ist freie Publizistin.



LEITARTIKEL

Der gewöhnliche Rassismus

ARNO WIDMANN



Die Verbreitung rassistischer Vorurteile nimmt zu. Wer die Geschichte der Bundesrepublik kennt, der fragt sich allerdings, wann diese Mitte jemals ganz ohne Fremdenbass auskam.

nur den Gewalttätern entgegenzutreten. Man muss den Zusammenhang sehen zwischen denen, die die Anschläge machen, denen, die dabeistehen und denen, die – vorgeblich oder tatsächlich nichts mit den Tätern und den Taten zu tun haben wollen – dennoch aber sich eifrig daran machen, „gute Gründe“ für die rassistische Verachtung anderer und die hohe Einschätzung der eigenen Gruppe zu finden.

Wir müssen dabei darauf achten, dass wir nicht auf Sprachspiele hereinfallen. Wir sollten es nicht hinnehmen, dass an eben dem Tag, an dem die Stützen der Gesellschaft ein Denkmal einweihen zum Gedenken an die Nazi-Verbrechen gegen Sinti und Roma, eben jene Stützen dafür sorgen, dass die zu uns geflohenen Sinti und Roma ausgewiesen werden.

Es geht auch nicht, dass der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich bei der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes über den Kampf gegen den Rechtsextremismus referiert, ohne ein einziges Wort darüber zu verlieren, ob die fatalen „Pan-nen“ bei der Untersuchung der NSU-Morde nicht vielleicht doch etwas mit einem ras-

sistischen Muster nicht nur in der Gesellschaft sondern auch in ihren Institutionen, also auch beim Bundeskriminalamt, bei der Polizei zu tun haben könnte. Sind diese Beschützer der Demokratie alles Demokraten? Kann man über Jahre, ohne einen Beleg dafür zu haben, fixiert bleiben auf die Vorstellung, Morde an Ausländern müssten von Ausländern begangen worden sein? Wie fest betonierte müssen da die Vorurteile sein.

Wer über Rassismus spricht, spricht fast immer über den der anderen. Da ist der Bundesinnenminister, da sind die Chefs von Verfassungsschutz, Polizei und Kriminalämtern keine Ausnahmen. Wir alle sehen den Splitter im Auge der anderen deutlicher als den Balken im eigenen. Wir sind so organisiert. Aber genau darum tun wir uns zusammen. Wir können uns gegenseitig aufmerksam machen auf die Splitter und Balken. Dazu ist Gesellschaft da. Sie ist auch ein Erkenntnisinstrument.

Betrachten wir einen Moment lang unseren Berufsstand, unseren eigenen Arbeitsplatz. Wie viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten in unserer Zeitung, deren Eltern nach Deutschland kamen? Wie glaubwürdig ist unser Ruf danach, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sollten zusammenkommen, wenn wir uns nicht dafür einsetzen, dass sie es auch bei uns tun. In unserer Straße, in unserem Haus und eben auch am Arbeitsplatz.

Es wird derzeit wieder viel über die Frauenquote gesprochen. Aber wäre es nicht an der Zeit, dafür zu sorgen, dass nicht nur in der Polizei, nicht nur in den Kulturinstitutionen, sondern eben auch in den Medien eine – nennen wir es beim falschen Namen, den aber gleichwohl jeder versteht – eine Ausländerquote durchgesetzt wird. Nicht weil die sie, sondern weil wir sie brauchen. Wie soll ein Medium eine bunte Gesellschaft erreichen, das sich so einfarbig aufstellt?

KOMMENTARE

Geschichte des Kontrollverlusts

Von Damir Fräs

Das Problem ist nicht die außer-Eheliche Beziehung zwischen dem CIA-Direktor und seiner Biografin. Ehebruch ist nicht strafbar.

Das Problem liegt an einer anderen Stelle. David Petraeus wusste um den antiquierten Moralkodex im US-Auslandsgeheimdienst. Er hätte auch wissen können, dass der E-Mail-Verkehr zwischen ihm und seiner Geliebten an die Öffentlichkeit gelangen kann. Und sei es nur, weil seine Geliebte offenbar grundlos eifersüchtig ist und anonyme Drohmails an eine Bekannte des CIA-Chefs schickt, die sich dagegen wehrt. Das gilt auch für General John Allen. Der hatte erstaunlich viel Zeit als Oberkommandeur in Afghanistan und konnte sich in länglichen Mails mit der Petraeus-Bekanntin, die auch seine Bekannte war, austauschen. Er hätte aber – wie Petraeus – wissen müssen, das Vertraulichkeit in der digitalen Welt nicht existiert. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass aus der Affäre eine Geschichte des Geheimnisverrats wird. Noch nicht. Und solange diese Beweise nicht vorliegen, ist die Affäre nur eine Geschichte des Kontrollverlusts.

Das macht die Sache aber auch nicht viel besser. Die Regierung von US-Präsident Barack Obama hat überaus wichtige Posten an Männer vergeben, die allem Anschein nach dafür nicht geeignet waren. Das lässt nichts Gutes ahnen für die zweite Amtszeit des Präsidenten.

Beamte mit neuem Profil

Von Thomas Kröter

Die Beamten sind auch nicht mehr, was sie mal waren. Da wählen sie zum Vorsitzenden ihrer Interessenvertretung einen Angestellten. Beim DGB würde man sagen: Einen Gewerkschaftsfunktionär. Denn Klaus Dauderstädt, der neue Mann an der Spitze der Beamten, hat sein ganzes Berufsleben bei der kleinen Gewerkschaft der Sozialversicherung verbracht.

Der neue Mann passt in die neue Zeit. Denn der Beamtenbund will kein Beamtenbund mehr sein. Er fusioniert mit der Tarifgemeinschaft von kleinen Angestelltenorganisationen, mit der er bisher schon verbunden ist. Bund, Länder und Gemeinden, stellen immer weniger Beamte ein. Hinzu kommt die Privatisierung. Das ist es praktische Dasensfürsorge, dem Beamtenbund ein Angestelltenbein zu geben. Ein Machtfaktor ist die alte Organisation auch in der neuen Zeit. Angela Merkel hat Sympathie für die Forderung der Arbeitgeber nach einem Tarifeinheitsgesetz geäußert. Das zielt auf aufmüpfige Lokführer und Flugfeldbedienstete, die unsere mobile Gesellschaft lahmlegen können. Es träfe aber etliche kleine Gewerkschaften des Beamtentums. Der lässt dagegen die Muskeln spielen. Und prompt ist seitens der Regierung zu hören, so ernst sei die Idee der Bundeskanzlerin nicht gemeint gewesen. Besser kann Lobbyarbeit ein Jahr vor der Bundestagswahl nicht funktionieren.